

ÖGB: Lohnabschlüsse unter Inflation belasten Budget

2025-05-07 15:50

Forderungen nach Lohnabschlüssen unter der Inflationsrate oder einer Nulllohnrunde hat die Gewerkschaft erneut eine Abfuhr erteilt – und das mit den negativen Folgen für das Staatsbudget begründet. Dem Budget wären im Vorjahr bei einer Nulllohnrunde rund 4,11 Milliarden Euro an Lohn- und Mehrwertsteuereinnahmen entgangen, berechnete der ÖGB.

Allerdings hätte sich der Staat bei den Gehältern der Beamtinnen und Beamten sowie der Vertragsbediensteten 2,47 Milliarden Euro gespart, merkte der ÖGB in einer Aussendung an. Unter dem Strich hätte der Staat noch immer einen negativen Effekt von 1,65 Milliarden Euro. Darin seien die Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum durch den niedrigen Konsum noch nicht eingerechnet.

Reallöhne binnen fünf Jahren um 1,4 Prozent gestiegen

In den vergangenen fünf Jahren stiegen die Reallöhne – also um die Inflation bereinigt – um 1,4 Prozent. Eine Lohnzurückhaltung in einem Jahr wirke sich über das ganze Berufsleben aus. Bei einem Bruttomonatsgehalt von 3.500 Euro und einer Nulllohnrunde summiere sich der Lebenseinkommensverlust nach 25 Jahren auf 46.000 Euro, so die ÖGB-Studie.

„Löhne haben eine Doppelfunktion: Sie sind nicht nur Kostenfaktor für die einen, sondern gleichzeitig Einnahmen für die anderen Unternehmen“, merkte ÖGB-Bundesgeschäftsführerin Helene Schuberth an. „Sinkt die Kaufkraft, z. B. durch Abschlüsse unter der Inflationsrate, sinkt der fürs Wirtschaftswachstum notwendige Konsum vor allem in Zeiten hoher Verunsicherung.“